

Zürich, Gossau und Elgg, 25. Juni 2007

KR-Nr. 203/2007

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Monika Spring (SP, Zürich), Patrick Hächler (CVP, Gossau) und Thomas Ziegler (EVP, Elgg)

betreffend Änderung Energiegesetz, Reduktion des nichterneuerbaren Energieanteils im Gebäudebereich

Das Energiegesetz des Kantons Zürich (730.1) wird wie folgt geändert:
§ 10a Neubauten müssen so ausgerüstet werden, dass höchstens 50% des zulässigen Energiebedarfs für Heizung, Kühlung, Warmwasser und Geräte mit nichterneuerbaren Energien gedeckt werden.

Die zugehörigen Verordnungen, insbesondere BBV I, § 47 sowie die Wärmedämmvorschriften der Baudirektion sind entsprechend anzupassen.

Monika Spring
Patrick Hächler
Thomas Ziegler

203/2007

Begründung:

Rund 40% des Energieverbrauchs in der Schweiz entfallen heute auf den Wärmebedarf von Gebäuden, zum grössten Teil für Heizung, Warmwasser und Kühlung. Dieser wird heute überwiegend aus fossilen Energieträgern mit hohem CO₂-Ausstoss generiert. Gerade hier bestehen kantonal und kommunal die besten Möglichkeiten, einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Energienutzung zu leisten. Die heutige Vorschrift im Energiegesetz, welche verlangt, dass höchstens 80% des Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser mit nichterneuerbarer Energie gedeckt werden dürfen, ist angesichts des aktuellen Wissensstandes bezüglich Klimaerwärmung überholt. Der Stand der Technik erlaubt heute innovative Lösungen bei Neubauten und Bauerneuerungen, welche eine substantielle Reduktion des Anteils nichterneuerbarer Energie im Gebäudebereich und somit des CO₂-Ausstosses ohne Komforteinbussen ermöglichen. Viele private und institutionelle Bauträgerschaften haben erkannt, dass sich die Mehrinvestitionen von ca. 5-10% zur Erreichung des Minergie- bzw. des Minergie P-Standards oder sogar Passiv-Haus-Standards lohnen, da diese bereits nach wenigen Jahren durch die geringeren Heiz- und Betriebskosten amortisiert sind.